

Arbeitsmarkt

# Beschäftigung dank neuer Bürokratie

**Gastkommentar**

von MATHIAS BINSWANGER

In der «NZZ am Sonntag» wurde Ende August unter dem Titel «Wiedergeburt des Industriestandortes Schweiz» berichtet, wie Digitalisierung und Automatisierung die Schweiz als Industriestandort wieder attraktiv machen. Dadurch nehme auch die Beschäftigung in der Industrie wieder zu, etwa bei der Herstellung pharmazeutischer Produkte. Doch diese Zunahme in der Pharmabranche ist eine Ausnahme. Den rund 8000 Arbeitsplätzen, die dort von 2008 bis 2016 geschaffen wurden (sämtliche Angaben zu Beschäftigten in diesem Artikel sind in Vollzeitäquivalente umgerechnet), steht ein Rückgang von 38 000 Arbeitsplätzen in der gesamten verarbeitenden Industrie gegenüber. Menschen, die tatsächlich noch in der Produktion arbeiten, erhalten zunehmend Seltenheitswert. Die Schweiz ist zwar als Industriestandort weiterhin erfolgreich, aber die Beschäftigung geht dort immer mehr zurück.

Betrachten wir hingegen die Beschäftigungsentwicklung in der gesamten Wirtschaft, dann stellen wir etwas ganz anderes fest. Seit dem Jahr 2006 ist die Zahl der Beschäftigten um rund 500 000 angestiegen, und noch nie haben so viele Menschen in der Schweiz gearbeitet. Woher kommt also dieses Beschäftigungswunder? Schon ein kurzer Blick in die Statistik genügt, um festzustellen, dass diese Zunahme zu einem grossen Teil dem Gesundheits- und Sozialwesen, dem Bildungswesen sowie weiteren staatsnahen Dienstleistungen zu verdanken ist. Die absolut wichtigste Jobmaschine ist dabei das Gesundheits- und Sozialwesen. Dort erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von 2008 bis 2016 um mehr als 100 000; diese Branche ist mittlerweile der grösste Arbeitgeber der Schweiz. Doch auch im Bereich Erziehung und Unterricht entstanden von 2008 bis 2016 beachtliche 60 000 Stellen.

Aus diesen Zahlen geht klar hervor: Wertschöpfung und Beschäftigung haben sich in den letzten Jahren immer mehr entkoppelt. Diejenigen Branchen, die für das BIP-Wachstum sorgen, sind nicht diejenigen, die auch Arbeitsplätze schaffen. Da wir in der Schweiz aber zum Glück beides haben, gelingt es uns, Wirtschaftswachstum mit geringen Arbeitslosenquoten zu kombinieren.

Allerdings bleibt die Frage bestehen, wie denn das hohe Beschäftigungswachstum etwa im Gesundheits- und Sozialwesen tatsächlich zustande kommt. Zunächst würde man vermuten, dass dies v. a. an der steigenden Zahl von Ärzten und von im Pflegebereich tätigen Menschen liegt. Tatsächlich ist die Zahl der Ärzte in den letzten Jahrzehnten stets angestiegen; von 2008 auf 2016 hat sich die Zahl von 26 700 auf rund 30 000 erhöht. Damit haben wir aber erst einen verschwindend kleinen Teil der Zunahme um 100 000 Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen erfasst. Ein wesentlich grösserer Teil betrifft das Pflegepersonal.

Konzentrieren wir uns einmal auf die Krankenhäuser, wo rund 30 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen tätig sind und detaillierte Statistiken von 2010 bis 2014 vorliegen. Im Jahr 2010 waren dort rund 19 000 Ärzte beschäftigt, während in der Pflege 59 000 Menschen tätig waren. Im Jahr 2014 arbeiteten in Krankenhäusern 21 000 Ärzte und 64 500 Menschen in der Pflege. Das heisst, innerhalb von nur vier Jahren hat sowohl die Zahl der Ärzte als auch das Pflegepersonal um rund 10 Prozent zugenommen.

Ein wesentlicher Anteil der in einem Krankenhaus Beschäftigten hat aber direkt mit den Patienten gar nichts zu tun. Dies betrifft die Bereiche Administration, Hausdienst und Technische Dienste, wo sich die Beschäftigung von 41 000 im Jahr 2010 auf 45 000 im Jahr 2014 und somit auch um rund 10 Prozent erhöht hat. Die Beschäftigung steigt nicht nur, weil immer mehr oder bessere Gesundheitsdienstleistungen angeboten werden. Ein grosser Teil hängt mit steigender Bürokratie und Bewältigung immer grösserer administrativer Komplexität zusammen wie etwa mit der Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2012. Davon betroffen sind aber nicht nur die tatsächlich mit administrativen Aufgaben betrauten Angestellten, sondern zunehmend auch Ärzte und Pflegepersonal selbst. Diese müssen einen stets grösseren Teil ihrer Arbeitszeit für Tätigkeiten wie Planung, Datenerfassung, Rapportierung, Dokumentation, Codierung oder Qualitätssicherung aufwenden. Entstanden ist so eine neue Controlling-Bürokratie, welche die klassische Verwaltungsbürokratie abgelöst hat.

Vor allem in den USA ist dieser Anstieg der Bürokratie im Gesundheitswesen gut dokumentiert und mit ein wesentlicher Grund für die dort hohen Gesundheitsausgaben. Das ist einerseits ein Ärgernis, aber andererseits verdanken wir der wuchernden Bürokratie im Gesundheitswesen und ganz ähnlich auch im Bildungswesen eine weiterhin hohe Beschäftigung. Wäre dies nicht der Fall, dann würden Digitalisierung und Automatisierung erhebliche Arbeitslosigkeit verursachen.

—  
**Mathias Binswanger** ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz und Dozent an der Universität St. Gallen.